

Der sächsische Erzähler,

Tageblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

Der Agl. Amtshauptmannschaft, der Agl. Schulinspektion und des Agl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Agl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

erschint jeden Montag abends für den folgenden Tag und ist ausschließlich der Mittwoche und Sonnabends erscheinend. „Beitrag zur Kultur“ bei Abholung vier Wochen 1.- 20 J., bei Zustellung ins Haus 1.- 70 J., bei allen Bestellungen 1.- 50 J. erscheinende Belegzahl. Einzelne Nummern kosten 10 J. Nummer der Zeitungserichte 5587.

Veranstaltungen Nr. 22.
Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgebung bei unseren Zeitungsboten, sowie in der Geschäftsstelle dieses Blattes angenommen. Schluß der Geschäftsstelle Abends 8 Uhr.
Blattauslieferung

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher, und kostet die viergespaltene Spaltenzeile 18 J., die Reklamezeile 30 J. Einzigster Inseratenbetrag 40 J. Für Rückzahlung eingekannter Manuskripte usw. keine Gewähr.

Städtische Schulen zu Bischofswerda.

Die diesjährigen Osterprüfungen finden an folgenden Tagen statt, in

- 1) der **Handelschule** am 3. März, nachm. 2—5 Uhr,
- 2) der **Berufsschule** am 3. März, abends 7/8—7 Uhr,
- 3) der **Schwereschule** am 4. März, nachm. 2—5 Uhr,
- 4) der **Bürgerchule mit Sprachklassen und Hilfschule** vom 7.—11. März, vor- und nachmittags.

Ihren Abschluß erfahren die Prüfungen in der Bürgerchule durch **Chorfingen** und **Schanturnen** Freitag, den 11. März, nachm. 2—4 Uhr in der Turnhalle. Die feierliche **Entlassung der Konfirmanden** geschieht Freitag, den 18. März, vorm. 9 Uhr in der Aula.

Bischofswerda, den 25. Februar 1910.

Der Ortsschulinspektor:

Paul Jochen, Direktor der städtischen Schulen

Das Renesse vom Tage.

Die kritische Lage im englischen Parlament hat eine weitere Verschärfung erfahren. (Siehe unter England und letzte Meldungen.)

In England drohen ernste Konflikte zwischen den Bergarbeitern und den Grubenbesitzern. Die Lage in Süd-Wales ist bedrohlich.

Aus Amerika kommen heute neue Meldungen von großen durch Lawenstürze hervorgerufenen Unglücksfällen.

Der Sultan von Marokko hat das Abkommen mit Frankreich nunmehr vollständig ratifiziert.

In Boston ist auf der Werft der Clyde Steamship Feuer ausgebrochen und hat bis jetzt einen Schaden von 12 Mill. Mark angerichtet.

Das amerikanische Exekutivkomitee der für Berlin geplanten Deutsch-amerikanischen Ausstellung macht bekannt, daß infolge der Scheitern der Bestimmung in Deutschland die Ausstellung verschoben werde.

(Siehe auch letzte Meldungen.)

Die neue politische Krise in Oesterreich.

Der Donaufürstentum steht wieder einmal im Zeichen einer inneren politischen Krise, die, wie schon die meisten kritischen Perioden der inneren österreichischen Politik während der letzten Jahrzehnte, ebenfalls den fortdauernden Gegensatz zwischen den Deutschen und den Slaven, speziell zwischen den Deutschen und den Tschechen, entsprungen ist. Ihren äußerlichen Ausgangspunkt besitzt sie in dem kürzlich erfolgten überraschenden Rücktritt des deutschen Landmann-Ministers im Kabinett Wienert, des Dr. Schreiner. Es ist ein offenes Geheimnis, daß Dr. Schreiner keineswegs freiwillig von seinem Ministerposten geschieden ist, trotz der Undankbarkeit dieses Amtes, sondern daß er vielmehr „gegangen wurde“, denn der Ministerpräsident Freiherr von Wienert hat seinen bisherigen Kollegen förmlich aufgefordert, sein Entlassungsgesuch einzureichen. Herr von Wienert erklärte in der schwierigen parlamentarischen Lage, in welche er allmählich mit seinem Kabinett geraten war, den Ausweg zu seiner eigenen Rettung darin, daß er den slavischen Parteien und auch den Christlich-Sozialen den ihnen verhassten deutschen Landmann-Minister opferte. Dr. Schreiner hatte sich namentlich den Tschechen durch seine energische Vertretung der deutschen Interessen, wie sie sich speziell in der Bestürzung der neuen deutschen Sprachengesetze für

höchst un bequem gemacht, und sie verlangten daher immer stürmischer dessen Entfernung aus der Regierung vom Ministerpräsidenten v. Wienert.

Andererseits stand Dr. Schreiner auch bei den Christlich-Sozialen nichts weniger als gut angeschrieben, da er ein wahrhaft freiheitlich und liberal gestimmter Mann ist, der mit einer in ihrem innersten Wesen reaktionären Partei, wie es die österreichischen Christlich-Sozialen sind, auf die Dauer nicht auskommen konnte. Da nun Ministerpräsident v. Wienert anscheinend seinen Frieden mit der slavischen Union des Reichsrats machen möchte, und da ferner vermutlich eine neue slavisch-merikale Koalition in Oesterreich im Anzuge ist, so würde eben der nicht mehr in diese veränderte politische Situation hineinpassende deutsche Landmann-Minister einfach aus der Regierung hinauskomplimentiert.

Hiermit hat sich aber nun das Ministerium Wienert bei den Parteien der deutschen Linken begreiflicherweise in die Kesseln gesetzt, ist man doch überall in den Kreisen des liberalen Deutsch-österreichertums über die schmachliche Opferung des Dr. Schreiner entrüstet. Schon drohen die deutschliberalen Parteien des Reichsrats offen mit ihrer Rückkehr zur schärfsten Opposition, und in den Reihen der deutschen Wählerschaft würde solche Schwankung sicherlich volles Verständnis und Zustimmung finden. Entscheidende Schritte in dieser Richtung sind deutscherseits bis jetzt allerdings noch nicht getan worden, aber mindestens hat die veränderte, wieder mehr slavendfreundliche Haltung des Ministerpräsidenten von Wienert doch bereits einen engeren Zusammenschluß der deutschfreibeitlichen Reichsratsparteien zur Folge gehabt. In vergangener Woche zu Wien abgehaltenen Versammlungen der Deutsch-nationalen, Deutschfortschrittlichen und Deutschradikalen ist der Beschluß gefaßt worden, sich zu einem einheitlichen „Deutschen Nationalverband“ zu verschmelzen, welcher nunmehr im parlamentarisch-politischen Leben Oesterreichs als ein ganz neuer und bemerkenswerter Faktor in die Erscheinung treten wird. Wohl oder übel wird das Ministerium Wienert mit dieser neuen und machtvollen, weil einheitlichen, deutschen Partei, rechnen müssen, und sollte es in der Tat den Versuch so mancher seiner Vorgänger, gegen die Deutschen zu regieren, erneuern wollen, so würde dies zweifellos den Ausbruch des offenen Kampfes zwischen den liberalen deutschen Elementen des Reichsrats und der Wienertischen Regierung bedeuten. Ob es nachher Herrn v. Wienert gelingen würde, eine kräftige Stütze für sich und sein weiterwährendes Regime an einer eventuellen neuen christlich-sozialen Koalition zu finden, das ist noch sehr die Frage. Vermutlich wird ihm schließlich weiter nichts übrig bleiben, als den Reichsrat aufzulösen, mit welchem Vorbehalt natürlich die gegenwärtige neue politische Krise in Oester-

reich noch lange nicht beseitigt wäre; wie sie sich entwickeln wird, darüber dürften wohl schon die nächsten Tage einigen Aufschluß geben.

Politische Übersicht.

Deutsches Reich.

Am Sonntag fanden in Preußen wieder große Wahlrechtskundgebungen statt. In Berlin soll die große Wahlrechtsdemonstration vor dem Schlosse, wie von glaubhafter Seite mitgeteilt wird, hinter den nach dem Schloßplatz gehenden Fenstern des kaiserlichen Arbeitszimmers den Kaiser selbst zum Zuschauer gehabt haben. Zur Seite des Kaisers habe sich der Gouverneur von Berlin befunden. Der Kaiser soll auch Befehl an die Polizeimannschaft gegeben haben, einem ruhigen Umzug über Schloßplatz und Schloßfreiheit nicht mit der Waffe entgegenzutreten.

Eine Vorlage über die Privatbeamtenversicherung? Die „Allgemeine Zeitung“ (Chemnitz) will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, es sei als sicher anzunehmen, daß dem Reichstag im nächsten Herbst ein Entwurf für eine Privatbeamtenversicherung zugehen wird; ein genauer Termin für die Vorlegung eines solchen Gesetzes läßt sich noch nicht angeben, weshalb auch Staatssekretär Delbrück im Reichstag Zurückhaltung geübt hat. Da aber Neuwahlen für den Reichstag nicht vor dem Herbst 1911 zu erwarten sind, wäre der Reichstag sehr wohl in der Lage, einen solchen Entwurf selbst dann noch zu verabschieden, wenn sich seine Einbringung etwas verzögern sollte.

Oesterreich.

Im Verlauf eines gemeinsamen Ministerrats nahm Graf Aehrenthal Veranlassung, eine Orientierung über die auswärtige Lage und über seine Reise nach Berlin zu geben. Wie verlautet, hat er sich von den Ergebnissen dieser Reise für durchaus befriedigt erklärt. Der Minister orientierte die Konferenz auch noch über den Stand der Annäherung zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland.

Das „Fremdenblatt“ schreibt zu der Reise Aehrenthals: In jüngster Zeit wurden Nachrichten verbreitet, denen zufolge Graf Aehrenthal in München Neußerungen über die baldige Abberufung des deutschen Botschafters am Wiener Hofe, Herrn von Tschirschky, gemacht haben soll. Im Zusammenhange wurde behauptet, daß zwischen dem Grafen Aehrenthal und Herrn v. Tschirschky Unstimmigkeiten herrschen sollen. Wir können konstatieren, daß diese Meldungen, deren Tendenz leicht zu durchblicken ist, auf purer Erfindung beruhen.

Frankreich.

Wie aus Jey vom 25. d. M. gemeldet wird, bestätigt es sich, daß der Sultan bei Empfang des französischen Ultimatus die Regiere und Uo-